

Hans Bredow

Ein Leben für den Rundfunk

**Eine Bachelorarbeit von Britta Kristina
Suwelack**

Hochschule Mittweida/ Matrikel-Nr. 21186



Erstkorrektor: Prof. Ludwig Hilmer

Zweitkorrektor: Rainer Schöneich

August 2009

Inhaltsverzeichnis

Konzept Bachelorarbeit	3
„Hans Bredow – ein Leben für den Rundfunk“	3
Einleitung.....	5
Wer war Hans Bredow?	5
Bredows Weg in den Staatsdienst.....	6
Die Funksituation im Kaiserreich 1897 – 1919.....	6
Die Bedeutung der Novemberrevolution 1918 für den Funk	10
Die Neuordnung des Funkwesens 1918/1919	12
Der Weg zum Rundfunk.....	15
Die Umsetzung des Unterhaltungsrundfunks in Deutschland	20
Der Weg zum öffentlichen Rundfunk.....	21
Der Zentralrundfunk	22
Der Bezirksrundfunk.....	23
Die Gründung der Sendegesellschaften.....	25
Auf der Suche nach einem Kontrollorgan.....	27
Die Kompetenzfrage zwischen Reich und Ländern.....	29
Das zentrale Organ-die Reichsrundfunkgesellschaft.....	31
Die „Deutsche Welle“	33
Die Jahre 1927 bis 1931	34
Die „Abdrosselung der Freiheit“.....	35
Bredows Rücktritt.....	37
Der Rundfunk-Prozess in Berlin.....	39
Die Neuordnung des Rundfunks nach 1945.....	41
Bredows Einfluss auf die Landesrundfunkgesetze.....	44
Die Gründung der ARD	46
Die Zeit nach der Gründung der ARD	48
Die Bedeutung Bredows für den Rundfunk	49
Gedruckte Quellen und Literatur	52

Konzept Bachelorarbeit

„Hans Bredow – ein Leben für den Rundfunk“

Ich möchte zum Leben des Rundfunkpioniers Hans Bredow eine kompilatorische Arbeit erstellen.

Da die Arbeit der Versuch einer Biographie Bredows sein soll, werde ich beim Aufbau chronologisch vorgehen.

Das Leben Bredows ist untrennbar mit der Geschichte des deutschen Rundfunkwesens verknüpft. Daher habe ich in meiner Arbeit viele geschichtliche Elemente verarbeitet, da es sonst sehr schwer ist, überhaupt zu begreifen, welche großen technischen Fortschritte und Entwicklungen Bredow bewirkt hat, wenn man den jeweiligen geschichtlichen Hintergrund nicht kennt.

Nach seiner Zeit bei „Telefunken“ arbeitete Bredow bei der Reichsrundfunkgesellschaft und baute dort den Rundfunk als Unterhaltungsmedium auf. Während seiner Zeit dort beschäftigte er sich viel mit der aktuellen Situation des Rundfunks, hielt Vorträge und verfasste diverse Schriften. Ich arbeite mit einigen dieser Werke von Bredow, um dem geschichtlichen Hintergrund auch etwas Persönliches von Bredow zu verleihen und seine Sichtweise darzustellen.

Die aktive Schaffenszeit Bredows endet mit der Machtergreifung Hitlers, beginnt aber nach Ende des Zweiten Weltkriegs wieder. Dies ist eine interessante Phase, da Bredows Person bei der Neuordnung des Rundfunks eine wichtige Rolle spielte – sowohl in positivem als auch in negativem Sinne.

Die Kapitel zu den Lebensabschnitten, in denen er sich noch nicht ausführlich mit dem Rundfunk beschäftigte, habe ich bewusst auf die wesentlichen Informationen beschränkt, da der Name Hans Bredow für den Aufbau des deutschen Rundfunks steht und mir vor

diesem Hintergrund geschichtliche Fakten rund um das Thema zum Verständnis wichtiger erscheinen.

Einleitung

Wer war Hans Bredow?

Hans Carl August Friedrich Bredow (1879 - 1959) war ein deutscher Elektroingenieur und Rundfunkpionier. Nach seinem Ingenieursstudium an der Universität Kiel und später am Friedrichs-Polytechnikum in Köthen, baute er den Schiffs- und Überseefunk auf. Während dieser Zeit war er teilweise für private Unternehmen, aber auch mit seinen eigenen Firmen, tätig. Danach wechselte er in den Staatsdienst und war ab dem Jahre 1919 für den Aufbau des Reichsfunknetzes verantwortlich. Am 22. Dezember 1919 verwendete Bredow, der damalige Ministerialdirektor der Reichspost, erstmals den Begriff „Rundfunk“. Er gilt als einer der Begründer des modernen deutschen Rundfunkwesens. Als 1925 die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft gegründet wurde, ernannte man Bredow zum Reichsrundfunkkommissar sowie zum Vorstandsvorsitzenden der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft. Im Zuge der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahre 1933 wurden alle selbstständigen Rundfunkstationen aufgelöst und die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft zum Staatseigentum erklärt. Bredow wollte unter diesen Umständen nicht länger in seinem Amt bleiben und reichte seinen Rücktritt ein. Nach der Verhaftung seiner engsten Mitarbeiter bat er in einem Brief an Hitler um deren Freilassung. Sollte man seinem Wunsch nicht nachkommen, bat er darum „ihr Schicksal teilen zu dürfen“. Sein Antrag wurde abgelehnt und er verbrachte 16 Monate in Untersuchungshaft.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges spielte Bredow eine zentrale Rolle bei der Neuordnung des Rundfunks.

Durch sein gesamtes Wirken, sowohl bei privaten Unternehmen als auch im Staatsdienst, hat Hans Bredow den weltweiten Funkverkehr ermöglicht und ihn mit Hilfe seiner Mitarbeiter schließlich zu den Anfängen eines Rundfunksystems ausgebaut, das der Grundstein des modernen Rundfunks war.

Bredows Weg in den Staatsdienst

Die Funksituation im Kaiserreich 1897 – 1919

Die technische Grundlage für den Funkverkehr legte im Jahre 1888 der deutsche Physiker Heinrich Hertz mit der Entdeckung der elektrischen Wellen, die eine verbindungslose Nachrichtenübertragung von einem Sender zum Empfänger ermöglichen. Auch für Hans Bredow war diese Entdeckung der Grundstein der Funktechnik. In diversen Werken zur Rundfunkgeschichte nannte er Hertz's Entdeckung immer wieder als Beginn der Rundfunkgeschichte¹. Die Telegraphie unterstand kurz nach ihrer Erfindung nur kurze Zeit dem Befehl des Reichskanzleramtes und wurde bald mit der Postverwaltung vereinigt. Im Jahre 1908 wurde die „drahtlose Telegraphie“ als Verkehrseinheit in das Gesetz aufgenommen und stand somit offiziell unter staatlicher Verwaltung. Aber bereits in der Reichsverfassung von 1871 wurde die Fernmeldehoheit des Deutschen Reiches begründet und am 06. April 1892 durch „Gesetz betreffend das Telegraphenwesen des Deutschen Reiches“ noch einmal zusätzlich abgesichert. Dieses Gesetz bestimmte nämlich, dass „das Recht, Telegraphenanlagen für die Vermittlung von Nachrichten zu errichten und zu betreiben“, niemand anderem als dem Deutschen Reich zustehe.² Durch den Reichskanzler übertrug das Deutsche Reich in den Jahren 1892 und 1902 auch die Aufgabe der Verleihung des Rechtes für die Errichtung und den Betrieb von Telegraphiestationen dem Reichspostamt. Endgültig gesetzlich verankert wurde die Staatshoheit in Bezug auf das Fernmeldewesen am 07. März 1908 durch das „Gesetz zur Abänderung des Telegraphengesetzes“³, das festsetzte, dass „elektrische Telegraphenanlagen, welche ohne metallische Leitungen Nachrichten vermitteln, nur mit Genehmigung des Reiches errichtet oder betrieben werden dürfen“. Dieses Gesetz galt allerdings nur für den innerdeutschen Funkverkehr. Andere Staaten arbeiteten mit völlig anderen Systemen und jedes Land

¹ Siehe Bredow, Aus meinem Archiv - Probleme des Rundfunks 1950, Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927

² Lerg November 1980

³ Reichsgesetzblatt 1908 I 1908

wollte gern das von ihm präferierte Funksystem als Universalsystem auf dem Weltmarkt etablieren. Um zu einem gemeinsamen Funksystem zu gelangen, bedurfte es erst einmal internationaler Verhandlungen.

Während sich die Post kaum für die Telegraphie interessierte, war die Stunde der privaten Industrie gekommen. Die „junge Elektrowirtschaft“⁴ nutzte die Interessen des Reiches auf dem Gebiet der Telegraphie und verknüpfte diese geschickt mit ihren eigenen Interessen, die natürlich vorrangig wirtschaftlicher Natur waren. Da zu der Zeit für das Deutsche Reich vor allem Welthandel und Kolonialwesen interessante Gebiete waren, konzentrierte sich die Arbeit der Industrie vorrangig auf die Errichtung internationaler Funkverbindungen. Dadurch entstand eine Wettbewerbs-Situation, denn auch die Briten hatten bereits ein Weltkabelnetz etabliert. Das Deutsche Reich sollte nun ein Weltfunknetz aufbauen. Die Industrie wurde in ihrem Forschen sogar mit Haushaltsmitteln des Reiches gefördert. Bis dato experimentierte die Reichspost noch mit dem Marconi-System. Der italienische Physiker Guglielmo Marconi hatte dieses System in England entwickelt und auch in Deutschland patentieren lassen. Marconi gründete in England im Juli 1897 die „Wireless Telegraph & Signal Company, Ltd.“. Sein Unternehmen wurde 1912 von der britischen Regierung beauftragt, ein Funknetz zu entwickeln, das die weit verstreuten britischen Kolonien untereinander verband. In Deutschland wuchs die Sorge, die Briten könnten in der Errichtung eines Weltfunknetzes schneller sein und innerhalb kurzer Zeit reagierte die Industrie. 1899 wurde in Köln die „Funktelegraphie-Gesellschaft mbH“ gegründet. Sie diente als Verwertungsgesellschaft für das Funksystem des Physikers Ferdinand Braun. Auch die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) reagierte in diesem Jahr auf den internationalen Wettbewerb und richtete eine „funkentelegraphische Abteilung“⁵ ein. Die AEG beauftragte den Berliner Physiker Adolf Slaby und seinen Assistenten Georg Graf von Arco mit der Entwicklung eines Funksystems.

⁴ Lerg November 1980, Seite 32

⁵ ebenda

1901 wurde noch ein drittes Unternehmen gegründet: Die „Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, System Professor Braun und Siems & Halske mbH“⁶ sollte das Braunsche Funksystem sichern. Durch die Vielzahl der Firmen am Markt, die alle dasselbe Ziel verfolgten, entstand natürlich ein Wettbewerb darum, wer als erstes mit einem funktionierenden System auftrumpfen konnte. Daraus resultierten auch diverse Patentstreitigkeiten zwischen AEG und Siemens, welche der Kaiser höchst ungern sah. Er wünschte eine Einigung unter den Wettbewerbern. Im Jahre 1903 wurde schließlich ein gemeinsames Unternehmen gegründet: die „Gesellschaft für drahtlose Telegraphie mbH“ sollte das Funksystem Braun/Slaby/Arco untersuchen, das den Namen „Telefunken“ erhielt.

Im Jahre 1906 gab es auf dem Gebiet der Telegraphie eine wichtige Entdeckung, die international weiterverwertet werden konnte. Der dänische Physiker Valdemar Poulsen erfand ein System, das durch das britische Unternehmen „Amalgamated Radio Telegraph and Telephone Company, Ltd.“ an diverse Firmen auf dem internationalen Markt verkauft wurde. Die Telefunken war an diesem System allerdings nicht interessiert. So erwarb die C. Lorenz AG die Rechte am Poulsen-System und richtete im selben Jahr eine Abteilung für drahtlose Telegraphie ein. In Zusammenarbeit mit einer deutschen Zweigstelle der Amalgamated begann die C. Lorenz AG noch in diesem Jahre mit der Produktion von Funkgeräten. Dies gefiel auch dem Kaiser, denn in seinen Augen gab es nun eine angemessene Konkurrenz für Telefunken⁷.

Das Hauptgeschäftsfeld der deutschen Funkindustrie waren zunächst Aufträge des Militärs. Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, wurde aber deutlich, dass die deutsche Technik auf den drei wichtigsten Gebieten des Funks⁸, nämlich auf dem Gebiet des Militärfunkverkehrs für Heer und Marine, auf dem des Weltfunkverkehrs sowie auf dem Gebiet des Kolonialfunkverkehrs, erheblich unter den internationalen Standards lagen und besonders das britische System deutlich besser funktionierte, als das deutsche. Während des ersten Weltkrieges wurde dem Reichspostamt auch die

⁶ Lerg November 1980, Seite 32

⁷ Lerg November 1980, Seite 33 ff.

⁸ Lerg November 1980, Seite 34

Funkhoheit genommen. Sämtliche Funkanlagen, ob für eine private oder öffentliche Nutzung gedacht, wurden vom Militär beschlagnahmt. Das Recht für die Errichtung von Funkanlagen ging ebenfalls auf das Kriegsministerium über. Die privaten Unternehmen, die als Lizenznehmer für den Überseeverkehr zuständig gewesen waren, mussten ihre Sender ebenfalls dem Reich unterstellen. Für Hans Bredow ist die Entwicklung des Telegraphenwesens während des Krieges aber auch ein bedeutender Schritt auf dem Weg zum öffentlichen Rundfunk: „Der telegraphische Rundfunk (.....) ist zum ersten Mal während des Krieges bei der Verbreitung von Heeresberichten, Pressemeldungen, und zu Propagandazwecken in größerem Umfang angewendet worden.“⁹

Die wichtige Bedeutung des Krieges für die Entwicklung des Funkwesens ist unbestreitbar, denn plötzlich sahen sich die Firmen und Forscher neuen Aufgaben gegenüber gestellt und ihre Produkte im direkten Vergleich mit den Fortschritten ausländischer Wettbewerber. Zudem war die Telegraphie ein wichtiges „strategisches und taktisches Kampfmittel“¹⁰. Es entstand eine „Nachrichtentruppe“, die 185.000 Funker umfasste und in der Geschichte des deutschen Rundfunks noch eine bedeutende Rolle spielen sollte.

⁹ Bredow, Aus meinem Archiv - Probleme des Rundfunks 1950

¹⁰ Lerg November 1980, Seite 35

Die Bedeutung der Novemberrevolution 1918 für den Funk

Im Jahre 1918 fand die Novemberrevolution statt, im Zuge derer die Verfassung des Deutschen Reiches von einer konstitutionellen Monarchie in eine parlamentarisch-demokratische Republik umgewandelt wurde. Auslöser der Unruhen war eine Entscheidung der Obersten Heeresleitung. Obwohl das Deutsche Reich aus dem ersten Weltkrieg als eindeutiger Verlierer hervorgegangen war, wurde beschlossen, dass die Marine der englischen Royal Navy eine letzte Schlacht liefern sollte. Die Matrosen weigerten sich, diesen Befehl auszuführen. Daraus entstanden in Kiel und Wilhelmshaven die Matrosenaufstände. Diese Unruhe erfasste innerhalb weniger Tage ganz Deutschland. Als eigentlicher Beginn der Revolution gilt aber der 9. November 1918. An diesem Tag wurde in Berlin ein Großstreik durchgeführt und im Laufe des Nachmittages verbreitete sich die Nachricht von der Abdankung des Kaisers in der Stadt. Die Amtsniederlegung des Kaisers kam allerdings zu spät, um die demonstrierenden Menschen noch zu beeindrucken. Tausende forderten auf den Straßen eine Abschaffung der Monarchie. Am Abend rief schließlich der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Philipp Scheidemann, die Republik aus. Zu diesem Schritt hatte er sich gezwungen gesehen, da der bekannte Sozialist Karl Liebknecht die Ausrufung einer sozialistischen Republik plante. Scheidemann wollte den Sozialisten auf keinen Fall die Macht überlassen und erklärte so, auch gegen den ausdrücklichen Willen des SPD-Parteivorsitzenden Friedrich Ebert die „deutsche Republik“.

Auch das Telegraphenwesen blieb von den Entwicklungen im Land nicht unberührt. Schon vor dem 9. November hatten sowohl das Kriegsministerium als auch die Reichspost die Kontrolle über das „öffentliche und amtliche Nachrichtenwesen“¹¹ verloren. Denn die Soldaten waren nicht mehr gewillt, den Anordnungen der Obersten Heeresleitung Folge zu leisten und so kam es, dass die eigentlich zum Schutz der Funkanlagen bestellten Soldaten, diese selbst in Betrieb nahmen und für ihre eigenen Zwecke nutzten, z.B. um mit dem Vollzugsrat, dem obersten Organ der Arbeiter- und Soldatenräte, zu kommunizieren. Mitarbeiter der „Technischen

¹¹ Lerg November 1980, Seite 38

Abteilung für Funkgerät“¹², einer Gruppe aus der im 1. Weltkrieg entstandenen Nachrichtentruppe, bildeten eine „Zentralfunkleitung“¹³. Am 9. November meldete sich die Zentralfunkleitung aus der Funkstation in Königs Wusterhausen mit einem Funkspruch an sämtliche innerdeutsche Funkstationen. Hierin wurde bekannt gegeben, dass der „Zentralsoldatenrat der Funker“¹⁴ die Kontrolle über alle Anlagen übernommen habe und gleichzeitig wurden die Mannschaften einiger übriger Stationen aufgefordert, sich der Zentralfunkleitung anzuschließen. Dies funktionierte, und bald konnte die Zentralfunkleitung auf Militärstationen und damit auf betriebsfertige Funkanlagen mit Reichweiten von über 100 Kilometern zurückgreifen. Ziel der Organisation war die Gründung eines unabhängigen Nachrichtennetzes. Zudem wurde geplant, den Beruf des ehemaligen Militärfunkers in einen zivilen Beruf umzuwandeln.

Philipp Scheidemann war vom Rat der Volksbeauftragten für das Presse- und Nachrichtenwesen zuständig, daher verfolgte er die Entwicklungen im Bereich des Funkwesens nicht ohne Interesse. Als er eine Erklärung unterzeichnen sollte, die der Zentralfunkleitung den gesamten Funkbetrieb im In- und Ausland übertragen hätte, verweigerte er die Unterschrift. Somit begann ein Kampf um die Vormachtstellung im deutschen Funkbetrieb. Die Zentralfunkleitung erhielt nämlich wenige Tage nachdem Scheidemann seine Unterschrift verweigert hatte, durch den Vollzugsrat eine eigene Funkbetriebserlaubnis und konnte somit über die Stationen die Meldung verbreiten, dass die Regierung sich weigere, die neue Funkorganisation anzuerkennen. Die Zentralfunkleitung appellierte an die Solidarität der deutschen Funkstationen und unterstrich noch einmal, wie wichtig es sei, dass die Zentralfunkleitung „in der Hand der Arbeiter- und Soldatenräte bleiben müsse, da sie das einzige Kontrollorgan des Vollzugsrates für dessen innere und äußere Politik sei. Inzwischen berichtete aber auch die Presse über das Gerangel um die Funkhoheit und es kursierten Falschmeldungen, wie z. B., dass der gesamte Funkbetrieb in den Händen der Spartakisten läge. Um der Bevölkerung zu zeigen, dass die Regierung in Hinblick auf

¹² Lerg November 1980, Seite 38

¹³ ebenda

¹⁴ ebenda

den Funkdienst alles unter Kontrolle habe, erschien am 2. Dezember 1918 eine Erklärung, die bekanntgab, dass die technische Verwaltung nach wie vor in den Händen der Männer lag, die dieser Aufgabe bereits im Krieg nachgegangen waren. Weiterhin sollte die organisatorische Ausgestaltung des Funkdienstes schnellstens zu einem Ende geführt werden, damit ein funktionsfähiges Funknetz zur Verfügung stehe. Bis eine Einigung erzielt sei, solle aber weiterhin die Zentralfunkleitung die Führung des Dienstbetriebes behalten¹⁵.

Die Neuordnung des Funkwesens 1918/1919

Am 3. Dezember 1918 fand in Berlin eine Versammlung statt, an der alle, für das Funkwesen wichtigen Organisationen beteiligt waren. Vertreter der Zentralfunkleitung, des Auswärtigen Amtes, des Kriegsministeriums, des Reichspostamtes, des Reichsschatzamtes, des Reichskolonialamtes und Vertreter der Reichsregierung und des Vollzugsrates berieten hier über die Zukunft des Funkwesens. Es wurde entschieden einen Organisationsausschuss einzurichten, der eine mögliche Neuordnung des Funkwesens entwerfen sollte.

Am 4. Dezember desselben Jahres legte der Organisationsausschuss einen Gründungsbeschluss für ein neues Gremium vor, das „im Auftrag der Regierung unter der Kontrolle des Vollzugsrates alle Fragen der Funktelegraphie im Benehmen mit den Behörden und sonstigen Stellen“¹⁶ bearbeiteten sollte. Dieses Gremium trug den Namen Reichsfunkkommission. Im Januar des Jahres 1919 sollte die Reichsregierung eine Erklärung zur Neuordnung des Funkwesens veröffentlichen, die die wesentlichen Arbeitsergebnisse der Reichsfunkkommission darstellte. Wichtigster Punkt war die Ablösung der Reichsfunkkommission durch ein neues Organ, die „Reichsfunkbetriebsverwaltung“¹⁷, eine Organisation in der auch die Interessen der Funker angehört werden sollten. Zudem entstand bei der Reichspostverwaltung eine besondere Abteilung für Funktelegraphie. Zur Leitung dieser Abteilung wurde Hans Bredow

¹⁵ Lerg November 1980, Seite 40

¹⁶ Lerg November 1980, Seite 41

¹⁷ Lerg November 1980, Seite 42

bestellt. Bredow bekleidete im Zuge dieser Neuordnung nicht nur das Amt des Ministerialdirektors der Abteilung für Funktelegraphie, sondern er wurde auch Leiter der Reichsfunkbetriebsverwaltung. So liefen alle Fäden bei Hans Bredow zusammen und das gesamte Funkwesen war mitsamt Heeres- und Marinestationen in einer Person gebündelt. Als diese Regelung am 1. Februar 1919 in Kraft trat, war der erste Schritt in Richtung freies Funkwesen getan.

Die Post ließ aber noch im selben Jahr ein weiteres Dokument mit dem Titel „Denkschrift über die Entwicklung und umfassende Ausgestaltung der drahtlosen Telegraphie für den allgemeinen Nachrichtenverkehr“¹⁸ verfassen. Darin legte sie unter anderem ein 15-Punkte-Programm vor, das das Funkwesen für den öffentlichen Verkehr nutzbar machen sollte. Die Ziele, die in diesem Plan formuliert wurden, konnten aber in der Vorstellung der Post letztendlich nur erreicht werden, wenn das Fernmeldewesen weiterhin von der Post verwaltet würde¹⁹. Daher sollte im Reichspostamt eine neue Abteilung für Funktelegraphie gegründet werden. Für die Leitung dieser verlangte man einen „erfahrenen und energischen Fachmann“²⁰. Hiermit war kein geringerer als Hans Bredow gemeint, der das Angebot, die neue Abteilung aufzubauen und zu leiten, annahm. Am 29. Januar 1919 wurde die Reichsfunkbetriebsverwaltung der Reichsregierung unmittelbar unterstellt. Hans Bredow trat am 1. Februar 1919 als Ministerialdirektor in den Reichsdienst ein und übernahm die neu eingerichtete Funkabteilung. Im Reichspostamt war aber auch noch eine Abteilung für Funk und Telegraphie eingerichtet worden, so dass sich nunmehr zwei Dienststellen mit dem Thema Funkwesen beschäftigten, aber beide Abteilungen wurden von der gleichen Person geleitet. Lediglich die Zuständigkeiten unterschieden sich, denn die Reichsfunkbetriebsverwaltung unterstand der Reichskanzlei, während die Funkabteilung ja zum Reichspostministerium gehörte. Zwei Monate nach seinem Eintritt in den Staatsdienst wandte sich Bredow in einem Brief an die Reichskanzlei und drückte seine Unzufriedenheit darüber aus, dass hier zwei Behörden an ein und demselben Projekt arbeiteten.

¹⁸ Lerg November 1980, Seite 41

¹⁹ Lerg November 1980, Seite 42

²⁰ ebenda

Hieraus ergäben sich „Kompetenzschwierigkeiten“ und „unwirtschaftliche Doppelarbeit“²¹. Bredow unterbreitete der Reichskanzlei auch gleich einen Lösungsansatz: Die Reichsfunkbetriebsverwaltung sollte dem Reichspostministerium unterstellt werden. Bredow sah in dieser Maßnahme die Möglichkeit in Form des Reichspostministeriums ein zentrales Organ zu schaffen, das für das gesamte deutsche Funkwesen zuständig sein sollte. Die Reichsfunkbetriebsverwaltung sollte in Zukunft für die Bearbeitung technischer und organisatorischer Fragen zuständig sein.

Als Reaktion auf die Vorschläge Hans Bredows ergingen am 9. April 1919 zwei wichtige Verfügungen der Reichsregierung. Der inzwischen zum Regierungschef bestellte Philipp Scheidemann unterzeichnete zwei Verfügungen. Ein Dokument erlaubte, dass das Reichspostministerium die Reichsfunkbetriebsverwaltung in ihr Ressort übernahm und die andere Verfügung setzte fest, dass das Reichspostministerium zur Zentralbehörde für das gesamte Funkwesen wurde. Die Reichsregierung war auf die Vorschläge von Bredow eingegangen und hatte mit diesen zwei Verfügungen Entscheidungen gefällt, die für die Geschichte des Rundfunks in Deutschland von enormer Bedeutung waren.

²¹ Lerg November 1980, Seite 45

Der Weg zum Rundfunk

Inzwischen war man zu der Erkenntnis gelangt, dass die technische Möglichkeit bestand, per Funk zwischen einem bestimmten Sender und einem festgelegten Empfänger Kontakt aufzunehmen. Früher war das Funksystem umständlicher gewesen. Man konnte von einem Sender aus ein Telegramm senden, musste aber nach dem Aussenden desselben seine Funkstation auf „Empfangen“ umschalten und die Antwort abwarten. Sender und Empfänger waren also nur zu jeweils 50 Prozent ausgelastet²². Mit dem Funk hatte man nun eine völlig neue Möglichkeit des Nachrichtenaustausches in der Hand. Es wurde angedacht, in diversen öffentlichen Einrichtungen Empfangsstationen aufzustellen und Hans Bredow wandte sich mit seinen Plänen an die Zielgruppe, für die eine schnelle Übermittlung von Nachrichten interessant war: die Presse. Gemeinsam mit dem Verein Deutscher Zeitungs-Verleger suchte man nach einem Weg, auch Inhalte für die Übertragungen zu finden. Die Pläne machte das Reichspostministerium publik, indem im August 1919 ein großer Bericht über die drahtlose Telegraphie in Deutschland erschien und darin das angedachte Modell vorgestellt wurde. Vorgesehen war die Verbreitung von „Pressemeldungen, Börsennachrichten, Wetterberichten und ähnlichen Mitteilungen“²³. Diese sollten von einer bestimmten Station aus einmal abtelegraphiert werden und dann von beliebig vielen Empfangsstationen aufgenommen werden. Das Funkwesen sollte damals also lediglich der Verbreitung von wichtigen Informationen dienen. Ein Unterhaltungswert, z. B. durch Musik, wie er heute bei uns normal ist, war noch gar nicht vorstellbar. Und das, obwohl Hans Bredow schon öfter Musikübertragungen durchgeführt hatte. Bereits im Februar 1913, als er noch kaufmännischer Direktor bei Telefunken war, hatte Bredow in New York eine „musikalische Rundfunkvorführung“²⁴ durchgeführt, die in Amerika große Beachtung fand. Während des Ersten Weltkrieges kam er im Zuge einiger Feldversuche mit den ersten Röhrensendern an der Weltfront

²² Bredow, Aus meinem Archiv - Probleme des Rundfunks 1950

²³ Lerg November 1980, Seite 47

²⁴ Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 9

auch zu einigen Musikübertragungen, die bereits damals „von vielen Empfangsstellen an der Weltfront mitgehört wurden“²⁵.

Die Reichspost machte ihre Visionen aber nicht nur durch Pressemitteilungen publik, sondern wollte der Bevölkerung auch durch eine Reihe von Vorträgen ein Bild des möglichen Funksystems vermitteln. An diesen Vorträgen nahm auch Hans Bredow selbst teil. Ein für ihn persönlich wichtiger Vortrag, der in vielen seiner Schriften vorkommt, ist der Vortrag, den er am 16. November 1919 in dem für technisch-physikalische Veranstaltungen bekannten Berliner Versammlungssaal „Urania“ hielt. Der Vortrag mit dem Titel „Die Bedeutung der Funktelegraphie für Presse und Nachrichtenwesen“²⁶ war ein Experimentalvortrag, den Bredow selbst als „erste öffentliche Rundfunkvorführung“²⁷ bezeichnet. Bredow erläuterte an diesem Abend sein Zukunftsmodell eines „Rundfunks für alle“²⁸. Er erläuterte den anwesenden die Möglichkeiten eines neuen Funkdienstes und verdeutlichte seine Visionen mit einem Experiment. Ein wichtiger Punkt in Bredows Ausführungen war, dass er deutlich machte, wer in diesem neuartigen System welche Aufgaben zu erfüllen hätte. So dachte er der Presse die Aufgabe der Organisation des Dienstes zu, während die Post lediglich die technischen Grundvoraussetzungen liefern sollte. Wie diese von Bredow dargelegten Visionen auf die Zuhörer zu diesem Zeitpunkt gewirkt haben müssen, zeigt ein in diesem Zusammenhang vielzitatierter Satz des Journalisten Hans Dominik, der den Vortrag als Berichterstatter für den „Berliner Lokal-Anzeiger“ besuchte. Er empfand das von Hans Bredow dargestellte Modell als „gelegentliche Zukunftsperspektiven von Jules Vernscher Kühnheit“²⁹.

Im Jahre 1919 wurde erstmals der Begriff „Rundfunk“ gebraucht. Das Wolffsche Telegraphen-Bureau verbreitete über den Sender Königs Wusterhausen regelmäßig Sammelberichte über die Verhandlungen der Nationalversammlung in Weimar. Um die 80 Postämter empfangen diesen regelmäßigen Bericht, der dann den

²⁵ Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 9

²⁶ Lerg November 1980, Seite 47

²⁷ Aus „Der Weg zum deutschen Rundfunk-Ein Streifzug bis zum Jahre 1933“, erschienen in Bredow, Aus meinem Archiv - Probleme des Rundfunks 1950

²⁸ ebenda

²⁹ Lerg November 1980, Seite 48

örtlichen Zeitungen zugestellt wurde. Für Hans Bredow waren diese Versuche allerdings aufgrund der „Bedienungsfrage“³⁰ lediglich ein „Vorläufer eines großen allgemeinen telephonischen Rundfunks“³¹. Zur Bedienung des aktuellen Rundfunks musste man nämlich das Morsealphabet beherrschen. Bredow schwebte ein Rundfunk vor, bei dem jeder seinen eigenen Empfänger ebenso bedienen könnte, wie den Fernsprecher.

Ab dem 1. November 1919 wurden ebenfalls über die ehemalige Militärstation Königs Wusterhausen zu festgesetzten Tageszeiten Meldungen abgesetzt. Dieser Dienst wurde vom Wolffschen Telegraphen-Bureau und dem niederländischen Hollandsch Nieuwsbureau angeboten. 16 Einrichtungen in deutschen Städten empfangen diesen Dienst und leiteten die Neuigkeiten unmittelbar an Agenturen oder Zeitungen weiter. Dieser Dienst wurde „Rundfunk“ genannt. Als Nachteil dieses Systems nennt Bredow sowohl in seinen Schriften³² als auch auf einer Besprechung zur „Verwendung der Funktelegraphie für die Zwecke der Presse“³³ einen zu hohen finanziellen Aufwand, da mehrere technische Einrichtungen genutzt werden müssen, bis die Nachricht letztendlich den Empfänger erreicht. Auf der Besprechung formuliert Bredow vor Vertretern der Nachbarbehörden, Nachrichtenagenturen, sowie von Verleger- und Journalistenverbänden, eine weitere Vision des modernen Rundfunks. Da nur eine begrenzte Anzahl von Frequenzen vorhanden ist, kann nicht jedem ein eigener Funkdienst gewährt werden. Er hält daher die Errichtung einer zentralen Einrichtung, die für die Presse und die Nachrichtenagenturen den Funkverkehr durchführt, für optimal. Von Seiten der Adressaten dieser Idee kam aber keinerlei Begeisterung für diesen Vorschlag. Einzig die Nachrichtenagenturen zeigten sich zunächst noch interessiert, hatten aber so eigene Vorstellungen, dass man sich auf keine gemeinsame Lösung einigen konnte. So wurde der telephonische Rundfunk ab dem Jahr 1921 lediglich von der Eildienst GmbH zur Verbreitung ihres Wirtschaftsdienstes genutzt.

³⁰ Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 9

³¹ Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 10

³² ebenda

³³ Lerg November 1980, Seite 48

Dass sich der Rundfunk in den nächsten Jahren überhaupt weiterentwickeln konnte, schrieb Hans Bredow maßgeblich dem Engagement der Eildienst GmbH zu³⁴, die vom Februar 1921 an als einziges Nachrichtenbüro den telegraphischen Rundfunk verwendete. Dieses Unternehmen bot „ein umfangreiches wirtschaftspublizistisches Programm“³⁵, zu dem unter anderem die Veröffentlichung regelmäßiger Markt- und Preisberichte sowie allgemeine wöchentliche Berichte gehörten. Eine Besonderheit war, dass dieser Dienst eine Gebühr kostete. In Bredows Augen war dies ein großer Vorteil des Unternehmens, da die Gebühren „nicht nur eine Beibehaltung, sondern auch eine wesentliche Erweiterung des Dienstes erlaubten“³⁶. Durch die nach dem Ersten Weltkrieg einsetzende Inflation war die schnelle Beförderung wirtschaftsrelevanter Nachrichten umso wichtiger. Für Bredow eine optimale Situation, weil sich dem Rundfunk hier „zum ersten Mal ein Betätigungsfeld von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung“³⁷ erschloss. Er lobte besonders Dr. Ernst Ludwig Voss, den damaligen Leiter der Gesellschaft, da dieser erkannt habe, was für Möglichkeiten in der drahtlosen Telegraphie steckten und sein Unternehmen erstmals auch eine finanzielle Grundlage für die Durchführung eines funktionierenden Rundfunks bot.

Voss schlug der Reichspost vor, für die Übermittlung des Wirtschaftsdienstes seines Unternehmens, völlig auf „drahtlose Telephonie“³⁸ umzustellen. Alle Empfänger sollten einen eigenen Empfangsapparat zur Verfügung gestellt bekommen. Damit das ehrgeizige Projekt nicht an der Finanzierung scheiterte, bot die Eildienst GmbH der Reichspost an, die Betriebskosten sowie die Verzinsung und Amortisation für einen zentralen Sender zu übernehmen. Weiterhin garantierte das Unternehmen eine festgelegte Mindestanzahl von 1000 Teilnehmern. Die Reichspost stellte in diesem Modell die technischen Möglichkeiten und verlieh auch die Empfangsgeräte an die Teilnehmer. Der Dienst nahm nach einer Versuchsphase im August 1922 seinen Betrieb auf. Das

³⁴ Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 10 ff.

³⁵ Lerg November 1980, Seite 56

³⁶ Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 10

³⁷ ebenda

³⁸ ebenda

Empfangsgerät für diesen „Wirtschaftsrundspruchdienst“³⁹ wurde von den, laut Bredow, „drei bedeutendsten Funkfirmen“⁴⁰, nämlich von Telefunken, der C. Lorenz AG und der Dr. Erich F. Huth Gesellschaft für Funktelegraphie mbH, gemeinsam entwickelt. Die Teilnehmer des Wirtschaftsdienstes konnten nun über ihre privaten Empfangsgeräte, die durch eine bestimmte Wellenlänge sowie eine Plombe gegen Eingriffe geschützt waren, die Neuigkeiten empfangen. Die Empfänger galten als Rundfunkteilnehmer und brauchten daher keine eigene Empfangsgenehmigung. Dieses Modell war ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem öffentlichen Funkdienst.

Auch Hans Bredow sah später große Vorteile in diesem Funkmodell. Die Reichspost hatte hier erstmals die Möglichkeit erhalten, der Funkindustrie praktische Aufträge zu erteilen, die den Sender- und Empfängerbau förderten und damit die technische Grundlage für einen weiteren Ausbau des Funksystems bereiteten. Hier hatte Bredow natürlich den Unterhaltungsrundfunk im Sinn, dessen Entwicklung er nun mit aller Kraft vorantreiben konnte: durch die gesammelten „Betriebserfahrungen“⁴¹, sah er nun die Möglichkeit „an die Einrichtung des technisch wesentlich schwierigeren Unterhaltungsrundfunks“⁴² zu gehen.

³⁹ Lerg November 1980, Seite 60

⁴⁰ Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 11

⁴¹ ebenda

⁴² ebenda

Die Umsetzung des Unterhaltungsrundfunks in Deutschland

Bredow hatte in den letzten Jahren durch Vorträge und Veröffentlichungen der Öffentlichkeit einen „Rundfunk für alle“ versprochen. Dass er daran glaubte, dass das Funkwesen einmal mehr leisten können würde als die bloße Übermittlung von Wirtschaftsnachrichten, zeigte seine Experimentierfreude auf diesem Gebiet. Er selbst führte probeweise Musikübertragungen durch und auch Mitarbeiter der Funkstationen, die zwischen den Nachrichtmeldungen probeweise Texte verlasen oder Schallplatten abspielten, wurden vom Ministerium toleriert und nur in den seltensten Fällen bestraft⁴³.

Rundfunkhistoriker Winfried B. Lerg nennt das Jahr 1922 als Beginn der Rundfunkgeschichte in Deutschland⁴⁴. Ab diesem Jahr begannen sich die Strukturen im Funkwesen zu verändern, was größtenteils der Verdienst Bredows war. Hans Bredow berichtete in seiner Veröffentlichung „Vier Jahre deutscher Rundfunk“ von erfolgreichen Musikübertragungen, die seit dem Jahre 1919, unter erheblichem finanziellen Aufwand, durch Privatfirmen und das Telegraphische Reichsamt erprobt und ständig verbessert worden waren, so dass Bredow sich im Sommer 1922 in der Lage sah, dem Reichspostminister ein Konzept zur Errichtung des Unterhaltungsrundfunks vorzustellen. Dies war gerade zu der Zeit ein schwieriges Anliegen, da die wirtschaftliche Lage in Deutschland nicht besonders gut war und der Staat kaum finanzielle Mittel zur Errichtung eines Unterhaltungsrundfunks bereitstellen konnte. Hans Bredow aber gelang es, den Minister davon zu überzeugen, dass die Reichspost eine „einheitliche Organisation ohne Zuschüsse“⁴⁵ durchsetzen werde und am Ende sogar noch eine weitere Einnahmequelle erschließen könne.

⁴³ Lerg November 1980, Seite 64

⁴⁴ Lerg November 1980, Seite 61

⁴⁵ Lerg November 1980, Seite 65

Der Weg zum öffentlichen Rundfunk

Was Bredow bei der Errichtung des Rundfunks wichtig war, war seine „Verpflichtung“ gegenüber den Zuhörern, also auch Inhalte von allgemeinem Interesse anzubieten. Rundfunk musste seiner Meinung nach „kulturell und wirtschaftlich“⁴⁶ sein. Er bemängelte, dass in Deutschland zu seiner Zeit Persönlichkeiten fehlten, die an die Möglichkeit der Existenz eines solchen Rundfunk-Modells glaubten. Ebenso kritisierte er die Verurteilung solcher Visionäre als „Phantasten“⁴⁷. Hans Bredow beobachtete damals mit Begeisterung die Entwicklung des Funkwesens im Ausland, z.B. in England und Amerika. Besonders das englische Rundfunkwesen hatte für Bredow Vorbildcharakter, da sich dort Privatfirmen zu einer Dachgesellschaft zusammengeschlossen hatte und so nicht nur die technische Entwicklung vorantrieben, sondern von der Regierung auch ein Monopolrecht auf die Auslieferung der Empfangsapparate zugesprochen bekommen hatten.

Die Reichspost und somit auch das deutsche Funkwesen waren noch weit von derart fortschrittlichen Arbeitsbedingungen entfernt. Die Reichspost weigerte sich nämlich, solch „umfassende Rechte aus der Hand zu geben“⁴⁸. Sie wollte die erforderlichen Sender lieber selbst aufbauen und später auch in Eigenregie betreiben. Die Reichspost war aber lediglich daran interessiert, die technischen Grundlagen für ein Rundfunksystem zu liefern, für die Erstellung der Inhalte sollten private Dienstleister verantwortlich sein. Hier stieß Bredow zuerst aber wieder auf finanzielle Barrieren, da auf lange Sicht die Geldgeber für die Finanzierung „kulturell hochstehender Programme“⁴⁹ fehlten.

⁴⁶ Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 12

⁴⁷ ebenda

⁴⁸ ebenda

⁴⁹ Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 13

Der Zentralrundfunk

Am 22. Mai 1922 gründete die Eildienst GmbH ein Tochterunternehmen mit dem Namen „Deutsche Stunde Gesellschaft für drahtlose Belehrung und Unterhaltung mbH“⁵⁰. Dieses Unternehmen formulierte seine Zielsetzung erstmals so, dass sie der Idee Bredows von einem „öffentlichen Rundfunk“ nahekam. Die Gesellschaft plante eine drahtlose Verbreitung von „öffentlichen Konzerten und Vorträgen“ sowie „belehrender, unterhaltender...Darbietungen“⁵¹

Das angedachte Modell sah vor, dass diese Inhalte von einer reichseigenen Funkstation aus gesendet werden sollten und der Öffentlichkeit dann an bestimmten Orten zugänglich gemacht werden sollten. Um die entstehenden Kosten zu decken, sollten die Zuhörer einen geringen Eintrittspreis entrichten. Dieses Modell erhielt zunächst den Namen „Zentralfunk“, da vorgesehen war, das Programm von einer einzigen Funkstation aus zu senden. Später setzte sich jedoch die Bezeichnung „Saalfunk“ durch, da die Öffentlichkeit die jeweiligen Sendungen in großen Sälen und Lokalen verfolgen sollte.

Hans Bredow unterstützte die Umsetzung dieser Idee maßgeblich. Die Reichspost war für den Aufbau der Empfangsanlagen zuständig, und so konnte schließlich nach einer kurzen Vorbereitungszeit am 29.10.1923 in Berlin zum ersten Mal „Unterhaltungsrundfunk“ gesendet werden. Für Bredow war dieser Vorstoß der Grundstein für eine Verbreitung des Rundfunks im gesamten deutschen Bundesgebiet und er sprach Dr. Voß von der Eildienst GmbH „große Verdienste“⁵² um den Rundfunk zu.

⁵⁰ Lerg November 1980, Seite 67

⁵¹ ebenda

⁵² Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 13

Der Bezirksrundfunk

Die Möglichkeiten des „Saalfunks“ waren sehr begrenzt. Dieses Problems war sich auch Bredow bewusst. In seinem Werk „Vier Jahre deutscher Rundfunk“ zeigte er den größten Mangel dieses Funkmodells auf: Der Rundfunk ist kein Allgemeingut, solange ihn nicht jeder zu Hause frei empfangen kann. Solange nur die Funkstelle in Königs Wusterhausen für die Sendung genutzt wurde, konnten auch nur die im Umkreis von Berlin lebenden Menschen den Rundfunk empfangen. Bredow betonte besonders, dass die „Unbemittelten“⁵³ keine Chance hätten, sich überhaupt ein Empfangsgerät zu leisten. Seine Vision beinhaltete, dass jeder Bürger im Reich Rundfunk bei sich zu Hause „mit einfachem Gerät“⁵⁴ hören können sollte. Zudem wünschte Bredow, dass die Inhalte nicht nur durch den Berliner Kulturkreis geprägt sein sollten, sondern auch regionale Inhalte gesendet werden sollten. Sobald es die technischen Gegebenheiten ermöglichten, sollte man die regionalen Programme im gesamten Reich empfangen können.

Bredow ließ also mit seinem stillem Einverständnis von Ernst Ludwig Voss mehrere Filialen der Deutschen Stunde gründen. Dieser teilte das Reich in neun Sendebezirke:

1. Norddeutscher Bezirk (Berlin)
2. Schlesischer Bezirk (Breslau)
3. Südwestdeutscher Bezirk (Frankfurt am Main)
4. Niederdeutscher Bezirk (Hamburg)
5. Ostmarken Bezirk (Königsberg)
6. Mitteldeutscher Bezirk (Leipzig)
7. Westdeutscher Bezirk (Münster, später Köln)
8. Bayrischer Bezirk (München)
9. Süddeutscher Bezirk (Stuttgart)

⁵³ Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 15

⁵⁴ ebenda

In der Mitte der Bezirke sollte jeweils ein Hauptsender aufgestellt werden. Für die Betreuung und Erstellung des Programms sollten unabhängige Programmgesellschaften eingerichtet werden, damit die Überparteilichkeit garantiert war.

GRAFIK SENDEBEZIRKE

Die Gründung der Sendegesellschaften

Die Aufteilung des Reiches in neun Sendebzirkel war die Vorstufe der in den Jahren 1923 / 1924 gegründeten regionalen Sendegesellschaften, denn das Postministerium ließ noch im Jahre 1922 verlauten, dass eine zentrale Stelle mehrmals in der Woche für das gesamte Reichsgebiet senden würde und zu den übrigen Tagen die Bezirkssender regionale Themen senden sollten.

Hans Bredow dachte hier aber wieder einmal viel weiter als es die staatliche Behörde tat. Dies zeigt seine vertraute Zusammenarbeit mit Voss. Der reiste in die jeweiligen Städte des Reiches um die Gründung von regionalen Sendegesellschaften voranzutreiben. Hierzu hatte er keineswegs einen offiziellen Auftrag der Reichspostverwaltung, sondern Bredow hatte ihn auf eigene Verantwortung angewiesen, dieses Projekt voranzutreiben und auch zu verwirklichen. Er hatte mit Voss eine vertrauliche Vereinbarung getroffen, die den klaren Auftrag formulierte, in jedem Rundfunkbezirk eine Programmgesellschaft zu gründen. Das von Bredow angedachte Modell sah vor, dass Voss's Unternehmen sich die Kapitalmehrheit an diesen Gesellschaften sichern sollte, um schließlich als Dachgesellschaft zu fungieren und ein zentrales Organisationsorgan für alle Rundfunkgesellschaften darstellen konnte.

Um den Einfluss der Reichspost zu wahren, sollte diese das Recht erhalten, sich jederzeit durch die Übernahme von Anteilen an der Dachgesellschaft einschalten zu können. Zudem wünschte Bredow, dass die Deutsche Stunde nur in Absprache mit dem Leiter der Funkabteilung des Reichspostministeriums Veränderungen vornehmen sollte.⁵⁵

⁵⁵ Lerg November 1980, Seite 80 ff.

Hier wird wieder einmal mehr deutlich, wie wichtig die gute Beziehung von Ludwig Voss zu Hans Bredow war. Dass Bredow den Geschäftsführer und Eigentümer der „Deutschen Stunde“ sehr schätzte, betonte er in vielen seiner Texte. Auch, dass er beim Aufbau der Sendegesellschaften Dr. Voss nicht auf dem offiziellen Weg, sondern auf seine eigene Verantwortung beauftragte, zeigte, dass er ihm vertraute und große Stücke auf das Können dieses Mannes hielt.

Ebenfalls deutlich wurde hier, dass sich die Vorstellungen Bredow`s nicht immer mit denen der Reichspost und des Reichspostministeriums deckten. Während die staatlichen Organe stets darauf bedacht waren, nicht zu viel von ihrem Einfluss abzugeben, hatte Bredow stets im Auge, seine Vision vom bundesweiten Unterhaltungsrundfunk bestmöglich umzusetzen.

Auf der Suche nach einem Kontrollorgan

Hans Bredow hatte ursprünglich den Start des Unterhaltungsrundfunks für den Winter 1922 vorgesehen. Theoretisch wäre dafür alles bereit gewesen. Die „Deutsche Stunde“ sollte die Inhalte liefern und die Reichspost sollte für Aufbau, Finanzierung und Betrieb der Bezirkssender verantwortlich sein. Das Problem, vor dem das Reichspostministerium nun stand, formulierte Bredow in seinem Rückblick „Vier Jahre Deutscher Rundfunk“ so:

„In dem Maße, wie der Unterhaltungsrundfunk in Deutschland sich sprunghaft entwickelte und seine Bedeutung als Mittel der öffentlichen Aufklärung und Beeinflussung sich immer schärfer abhob, wuchs die Erkenntnis, daß (sic!) er keine Sonderinteressen verfolgen darf, sondern als Gemeingut des Volkes in den Dienst der Allgemeinheit gestellt, ihren Zwecken und ihrem Wohle nutzbar gemacht werden muss. Hieraus ergab sich die staatspolitische Notwendigkeit, zur Sicherstellung dieses Zieles und zur Verhinderung einer mißbräuchlichen (sic!) Ausnutzung der rundfunktechnischen Möglichkeiten die erforderlichen Maßnahmen und Vorkehrungen zu treffen“⁵⁶.

Es stellte sich also die Frage, ob das Reichspostministerium überhaupt die Verantwortung für dieses große Unternehmen tragen konnte und vor allem, ob das Reichspostministerium in der Lage sein würde, auch die publizistischen Inhalte der Sendungen zu kontrollieren. Hans Bredow war sich des Problems durchaus bewusst und ließ seine Überlegungen hierzu durch einen seiner Mitarbeiter beim Reichsministerium des Inneren vortragen. Dabei betonte er nochmals, was für schwerwiegende Veränderungen des Informationsflusses das neue Rundfunksystem mit sich bringen würde, denn „Nachrichtenstoff“⁵⁷ würde in einer Art und Weise verbreitet,

⁵⁶ Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 20

⁵⁷ ebenda

„wie sie keine gedruckte Zeitung erreichen wird“⁵⁸. Zudem wies er ausdrücklich auf seine Bedenken in Bezug auf politische Sendungsthemen hin, da man darüber ja „verschiedener Auffassung sein könnte“⁵⁹. Daher lehnte er es auch kategorisch ab, für derartige Sendungsinhalte Verantwortung zu übernehmen. Bredow schlug aber auch verschiedene Möglichkeiten vor, wie es dem Staat möglich wäre, die publizistischen Inhalte zu kontrollieren. Die „Deutsche Stunde“ trug schließlich maßgeblich zur Lösung dieser Probleme bei, denn Ludwig Voss akzeptierte die Auflagen, die die Reichspost stellte und übertrug ihr das Eigentums- und Betriebsrecht an den regionalen Sendeanlagen. Bredow war sehr froh über diesen Kompromiss, nicht zuletzt, da er überzeugt war, dass man den Rundfunk so am besten gegen Ansprüche politischer und wirtschaftlicher Natur schützen könne.⁶⁰ Durch diese Art der Organisation konnten die Ämter schließlich auch die Inhalte des Rundfunks überwachen.

Die nächste Hürde, die es zu überwinden galt, war wieder einmal die Finanzierung des Vorhabens. Der Rundfunkhistoriker Winfried B. Lerg spricht davon, dass ausschließlich Bredows Organisationstalent und die Initiative von Ernst Ludwig Voss dazu führten, dass die weitere Umsetzung des Rundfunks nicht scheiterte.⁶¹ Voss und die „Deutsche Stunde“ akzeptierten weitere Auflagen der Post, die auch einschlossen, dass Voss der Reichspost bei finanziellen Problemen helfen solle.

Ende April 1923 lagen schließlich neue Verträge für den Rundfunkaufbau vor. Dennoch sollte es noch eine Weile dauern, bis Bredows Plan vom deutschlandweiten Unterhaltungsrundfunk in die Tat umgesetzt werden konnte.

⁵⁸ Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 20

⁵⁹ Lerg November 1980, Seite 83

⁶⁰ Lerg November 1980, Seite 84 ff.

⁶¹ Lerg November 1980, Seite 85

Die Kompetenzfrage zwischen Reich und Ländern

Die Reichsregierung hatte durch verschiedene Rechtsgrundlagen die Möglichkeit erhalten, den Unterhaltungsrundfunk zu überwachen. So musste z. B. die Reichspost Genehmigungen zu Aufbau und Betrieb von Funkanlagen verleihen, bevor diese genutzt werden durften. So konnte also die Regierung den Rundfunkgesellschaften durch die Verleihung dieser Rechte immer noch Konzessionen auferlegen. Alle Kompetenzen lagen also beim Reich, was natürlich bei der Einrichtung regionaler Sondergesellschaften Probleme aufwarf. Bredow beschreibt den Kern der Auseinandersetzung knapp, aber sehr treffend:

„Während die Reichsregierung unter Hinweis auf die Rechtslage das Recht der Regelung der Überwachung des Rundfunks für sich in Anspruch nahm, hielten die Länder, namentlich Preußen und Bayern, ihre Zuständigkeit als Ausfluss ihrer Hoheit in den Angelegenheiten der Polizei- und Kulturpflege für gegeben.“⁶²

Nach, laut Bredow, „äußerst langwierigen Verhandlungen“⁶³, konnte schließlich ein Kompromiss zwischen Reich und Ländern gefunden werden. Hans Bredow stellte besonders heraus, dass „Rundfunk ein Werkzeug des Friedens und des Ausgleichs“⁶⁴ sein solle. In seinen Ausführungen hierzu bemerkt man, dass es für ihn sehr wichtig war, die politische Unabhängigkeit zu garantieren.

Schließlich wurden den privaten Rundfunkgesellschaften die Genehmigungen für die Inbetriebnahme der Sender erteilt, allerdings nur unter der Auflage von Richtlinien. Am 29. Oktober 1923 begann der öffentliche Unterhaltungsrundfunk in Berlin bei der Funkstunde AG. Bredow übergab sein Lebenswerk dort an die

⁶² Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 20

⁶³ Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 23

⁶⁴ ebenda

Öffentlichkeit. Nun wurde auch mit dem Aufbau des geplanten Sendernetzes begonnen, was die Reichspost unterstützte. Bredows Vision vom Unterhaltungsrundfunk wurde in die Tat umgesetzt. Bis zum Ende des Jahres 1924 hatten sich zehn Rundfunkgesellschaften gegründet.

Das zentrale Organ-die Reichsrundfunkgesellschaft

Im Jahre 1925 wurde eine neue Organisation geschaffen, in der Hans Bredow eine wichtige Funktion übernahm: Er wurde in den Verwaltungsrat der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft berufen.

Die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft wurde als „Zentralverwaltungsorgan zur Entlastung der Rundfunkgesellschaften“⁶⁵ gegründet. Ziel dieser Organisation war vor allem die Bildung einer Interessengemeinschaft sowie einer Instanz, die die neun einzelnen Sendegesellschaften nach außen hin vertreten konnte. Die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft hielt an allen Sendegesellschaften die Aktienmehrheit und in ihr waren Mitarbeiter der privaten Sendegesellschaften tätig. Im Verwaltungsrat der Organisation saßen aber auch Vertreter der Reichspost. Somit hatte man den damals bestmöglichen Weg für eine Zusammenarbeit von Staat und privaten Sendegesellschaften gefunden.

Hans Bredow war zunächst weiterhin Staatssekretär im Reichspostministerium und Verwaltungsratsvorsitzender der privatrechtlich organisierten Reichs-Rundfunk-Gesellschaft. Bald musste er sich aber zwischen seinem Staatsamt und der Tätigkeit bei der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft entscheiden. Er entschied sich für seine Tätigkeit bei dem neu gegründeten Kontrollorgan und schloss am 26. März 1926 einen Vertrag mit der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft, der seine Tätigkeiten dort festhielt. Er reichte sein Entlassungsgesuch beim Reichspostminister ein, der diesem statt gab.

Am 1. Juni 1926 wurde Hans Bredow zum Rundfunk-Kommissar des Reichspostministers ernannt. Seine Aufgabe war fortan, im Verwaltungsrat der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft die Einflüsse der Post geltend zu machen. Zudem kam ihm eine Art Kontrollfunktion zu, denn er hatte ebenfalls ein kritisches Auge darauf, ob die

⁶⁵ Magnus 1950

Rundfunkgesellschaften ihren Pflichten gegenüber der Post auch nachkamen. Zu wichtigen Sachverhalten musste er Berichte beim Reichspostminister vorlegen, manchmal sogar mündlich Bericht erstatten. Obwohl es schien, dass Bredow nach wie vor eng mit staatlichen Organen zusammenarbeitete, so war seine Tätigkeit bei der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft doch rein privatrechtlicher Natur.

Mit seinem Wechsel in den Aufsichtsrat der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft endeten für Bredow sechs Jahre im Staatsdienst. Von nun an arbeitete er im Haus der „Funk-Stunde“ in Berlin. Im Jahre 1926 war der Aufbau des Rundfunks somit für die Post abgeschlossen. Reich und Länder hatten sich einigen, und es war die erste Rundfunkordnung verabschiedet worden, die die Beziehungen zwischen den privatrechtlichen Gesellschaften und der Post regelte. Hans Bredow sprach angesichts des Organisationsmodells von einer „öffentlichen Organisationsstruktur“⁶⁶. Historiker stehen dieser Bezeichnung allerdings noch kritisch gegenüber, da man angesichts der Präsenz des Reichs kaum von einer „öffentlichen Organisation“ sprechen kann und der Staat sich in der Zeit der Weimarer Republik auch gern selbst als „Öffentlichkeit“ definierte.⁶⁷

⁶⁶ Lerg November 1980, Seite 270

⁶⁷ ebenda

Die „Deutsche Welle“

Im Januar 1926 nahm eine weitere Gesellschaft ihre Arbeit auf: Die von Ernst Ludwig Voss gegründete „Deutsche Welle“. Diese Sendegesellschaft sendete ihr Programm auf langer Welle, was bedeutete, dass dieser Rundfunkkanal in ganz Deutschland zu hören war. Die „Deutsche Welle“ war für Hans Bredow besonders wichtig, da sie „volkserzieherischen Aufgaben“⁶⁸ diene, was für Bredow immer ein sehr wichtiger Aspekt des Rundfunks gewesen war.

Hans Bredow sprach dem Sender sogar eine Sonderstellung zu, weil sein Programm „ausschließlich Belehrung und Erziehung zu dienen hat“⁶⁹. Mit der Inbetriebnahme der „Deutschen Welle“ erfüllte sich eine weitere der von Bredow für den Rundfunk formulierten Aufgaben und Ansprüche:

„Der Rundfunk soll nicht allein ein Mittel zur Unterhaltung sein, sondern auch volkserzieherischen Aufgaben dienen. Er wird nur dann bleibenden Wert behalten, wenn er nicht auf die schlechten Instinkte spekuliert, sondern die guten weckt und die im Volke vorhandene Sehnsucht nach innerer Vervollkommnung befriedigt.“⁷⁰

⁶⁸ Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 103

⁶⁹ Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 104

⁷⁰ Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 103

Die Jahre 1927 bis 1931

Den folgenden fünf Jahren soll hier nur ein kleiner Abschnitt eingeräumt werden. In diesem Zeitraum wurden vorrangig Programmfragen des Rundfunks weiter entwickelt und die Inhalte der Sendungen immer weiter ausgebaut. In den großen deutschen Städten wurden mehrere Rundfunkhäuser gebaut. Es gelangen weitere Fortschritte auf dem Gebiet der Übertragungen von Veranstaltungen im Rundfunk: 1930 gelang eine Fußballübertragung sowie die Übertragung eines Boxkampfes von Max Schmeling.

Auch die Beziehungen mit dem Ausland wurden gestärkt: Am 19. August 1931 wurde eine erste Übertragung der Bayreuther Festspiele an über 200 europäische und amerikanische Sender vermittelt. Für Hans Bredow war dies der „bisher größte Erfolg des Rundfunks“⁷¹.

Ende des Jahres 1931 warf aber auch erstmals die nationalsozialistische Zeit ihre Schatten voraus: Der damalige Reichspropagandaleiter der NSDAP, Joseph Goebbels, verlangte, dass seine Partei Einfluss auf die Rundfunk-Verwaltung nehmen dürfen sollte. Hans Bredow machte bereits hier seine Position gegenüber den Nationalsozialisten sehr deutlich und lehnte „jegliche Zusammenarbeit“⁷² entschieden ab.

⁷¹ Bredow, Aus meinem Archiv - Probleme des Rundfunks 1950, Seite 23

⁷² ebenda

Die „Abdrosselung der Freiheit“

In den Jahren 1932 und 1933 konnten sich Bredow und seine Mitarbeiter dem politischen Wandel in der Weimarer Republik nicht mehr entziehen. Das in den letzten Jahren durch viel Arbeit aufgebaute Rundfunksystem wurde in kurzer Zeit durch die politischen Verhältnisse zerschlagen.

Anfang des Jahres 1932 vertraten Bredow und seine Kollegen zunächst noch einen strikt anti-nationalsozialistischen Standpunkt. So wurden im Rundfunk zunächst sogar noch Reden gegen den Nationalsozialismus übertragen und diverse Anträge Hitlers, in denen er für sich selbst ein Rederecht im Rundfunk forderte, wurden abgelehnt. Hitler selbst wusste aber die einst von Bredow selbst formulierte Maxime der „Überparteilichkeit“ des Rundfunks geschickt auszunutzen und wies immer wieder darauf hin, dass andere Politiker, wie zum Beispiel Reichskanzler Brüning und Reichspräsident von Hindenburg, im Rundfunk sprechen durften. Trotzdem wurden seine Anträge durch die Überwachungsstellen immer wieder abgelehnt. Lange konnte man diesen Kurs allerdings nicht mehr fahren. Reichskanzler Brüning wurde gestürzt worauf Verhandlungen zu einer neuen Regierung folgten. Hitler forderte von Regierungschef von Papen im Gegenzug für die Unterstützung seiner Partei für das Kabinett, „volle Agitationsfreiheit“⁷³ in Bezug auf den Rundfunk. So wurde vom Reichskabinett schließlich beschlossen, dass man, angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl, die am 31. Juli 1932 stattfinden sollte, Parteipropaganda im Rundfunk erlauben sollte.

Hans Bredow beschreibt dies in einem Überblick über das Rundfunk-Jahr 1932 nur mit der schlichten Feststellung: „Papen-Regierung nimmt Einfluss auf den Rundfunk“⁷⁴. An dieser Wortwahl lässt sich erkennen, mit welcher Verachtung

⁷³ Diller 1980, Seite 49

⁷⁴ Bredow, Aus meinem Archiv - Probleme des Rundfunks 1950, Seite 22

er dieser Einmischung des Staates in Rundfunkangelegenheiten gegenüber stand.

Die Nationalsozialisten waren mit den Möglichkeiten, den Rundfunk zu nutzen aber noch nicht einverstanden. Viele von Goebbels vorbereiteten Rundfunkreden wurden von dem Kontrollorgan „Politischer Überwachungsausschuss“ nämlich vor der Sendung gestrichen. Im November des Jahres wurde erneut gewählt. Diesmal wurde aber beschlossen, keinerlei politische Propaganda zuzulassen. Dies wollten sich wiederum die Nationalsozialisten auf keinen Fall gefallen lassen. Vor allem Goebbels konnte nicht verstehen, wieso seine aggressiven Reden nicht gesendet werden durften. So schuf sich die NSDAP ihre eigenen Mittel und Wege, um sich Gehör zu verschaffen. Als am 21. August 1932 Hans Bredow seine feierliche Rede zur Eröffnung der Funkausstellung gerade beendet hatte, brüllten Hitler-Anhänger NSDAP-Parolen ins Mikrofon. Da Bredows Rede im Rundfunk übertragen wurde, wurden es zwangsweise auch die eigentlich verbotenen Parolen.

Bredow beklagte seit Beginn des Jahres eine „einseitige Politisierung“⁷⁵ des Rundfunks. Das kam zum einen durch einen durch die Regierung eingesetzten Rundfunk-Kommissar, der neuerdings in der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft arbeitete, und zum anderen durch die Tatsache, dass alle Privatbeteiligungen des Rundfunks aufgehoben und vom Staat übernommen wurden. Die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft war nicht mehr unabhängig, sondern eine vom Staat gelenkte Organisation geworden.

⁷⁵ Bredow, Aus meinem Archiv - Probleme des Rundfunks 1950, Seite 24

Bredows Rücktritt

Bereits 1932 hatten die Nationalsozialisten die Abberufung Bredows gefordert. Langsam wurde damit begonnen, verantwortliche Intendanten und Rundfunk-Leiter aus politischen Gründen ihrer Ämter zu entheben. Als am 30. Januar 1933 Adolf Hitler die Macht ergriff, reagierte Bredow sofort und reichte noch am selben Tag eine Bitte um seine Abberufung ein, der am 15. Februar 1932 stattgegeben wurde. Gegenüber dem Reichspostminister begründet er diesen Schritt folgendermaßen:

„Die heute erfolgte politische Änderung und die Besetzung des Reichsministerium des Inneren mit einem Vertreter einer mich ablehnenden Partei (schafft) eine für meine Tätigkeit unhaltbare Lage.“⁷⁶

Seinen Mitarbeitern erklärte er in einem Abschiedsbrief, dass er sich auf keine Partei stützen wolle, nur um sein Amt zu sichern und er zudem nicht bereit sei, die zunehmende Politisierung des Rundfunks zu billigen.⁷⁷

Das „Berliner Tageblatt“ spekuliert in seiner Ausgabe vom 08. Februar 1933 über die Gründe für Bredows Rücktritt und vermutet korrekterweise eine politische Motivation dieses Schrittes. In dem Artikel wird Bredow als „Organisator des deutschen Rundfunks“⁷⁸ gelobt und der Artikel betont, dass der ehemalige Reichs-Rundfunk-Kommissar den Rundfunk stets als „Stimme an alle“⁷⁹ gesehen hat.

Die Rundfunkvorstellung, die Bredow lange Zeit hatte, wurde durch die Nationalsozialisten völlig zerstört, da sie den Rundfunk lediglich als Propagandamedium für ihre eigenen

⁷⁶ Diller 1980, Seite 72

⁷⁷ Bausch 1956, Seite 108

⁷⁸ o.V. 1933

⁷⁹ ebenda

Zwecke nutzten. Bredows Ziele wie Unterhaltung und vor allem auch Belehrung, fielen nun einfach aus dem Programm.

Joseph Goebbels, der nun für den Rundfunk verantwortlich war, veranlasste Massenentlassungen von Rundfunkmitarbeitern, denn die alten Rundfunkstrukturen betrachtete er mit äußerster Verachtung. Am 7. August 1933 wurden fünf enge Mitarbeiter und Weggefährten Bredows, Dr. Magnus, Giesecke, Dr. Flesch, Alfred Braun und Ernst Heilmann verhaftet und in das Berliner Konzentrationslager Oranienburg eingeliefert. Anstatt diese Tatsache hinzunehmen und sich still zu verhalten, kämpfte Bredow für seine Mitarbeiter und protestierte gegen die Verhaftungen, indem er Hindenburg und Hitler in einem Telegramm um die Freilassung seiner Freunde bat. Sollte dem nicht stattgegeben werden, so wünschte Bredow, dass ihm dieselbe Behandlung zuteil würde, wie seinen Kollegen

Aber auch Hans Bredow wird verhaftet und zusammen mit seinen fünf Freunden aus dem Konzentrationslager sowie vielen anderen Rundfunk-Leitern aus der Weimarer Zeit in das Gefängnis Berlin-Moabit eingeliefert., wo er bis zu Beginn des Rundfunkprozesses in Untersuchungshaft genommen wird.

Der Rundfunk-Prozess in Berlin

Der nationalsozialistische Propagandist Eugen Hadamovsky hatte es sich nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten zum Ziel gesetzt, den Weimarer Rundfunk und die verantwortlichen Personen zu verunglimpfen. Dies geschah in einem Schauprozess gegen neun Rundfunkmitarbeiter. Der Prozess, bei dem auch Hans Bredow auf der Anklagebank saß, dauerte von November 1934 bis in den Juni 1935 und erstreckte sich über insgesamt 89 Verhandlungstage. Hadamovsky warf den Angeklagten vor, während ihrer Zeit beim Rundfunk in einen „umfangreichen Komplex von Unregelmäßigkeiten und Schiebungen, von Untreue, Bestechung und Verschwendung“⁸⁰ verwickelt gewesen zu sein. Dass es sich hier um einen reinen Schauprozess handelte, zeigte auch das unverhältnismäßig große Medienecho: Zahlreiche NS-nahe Zeitungen, sowie Propagandamedien und auch der Rundfunk begleiteten den Prozess, der aber schließlich in einem „Fiasko“⁸¹ für Hadamovsky endete, da sich keine der Anschuldigungen gegen Bredow und seine Mitarbeiter als haltbar erwies. Lediglich vier der 53 Anklagepunkte wurden mit Geld- und Gefängnisstrafen belegt. Die Gefängnisstrafen waren aber durch die lange Zeit in der Untersuchungshaft schon abgegolten.

Im Februar 1937 gab es sogar noch ein Revisionsverfahren, das das Urteil wieder aufhob und an eine andere Instanz verwies. Im März 1938 wurde das Verfahren gegen Bredow und seine Kollegen schließlich völlig eingestellt, da weder ein „staatspolitisches noch ein besonderes Interesse der Öffentlichkeit“⁸² bestand.

⁸⁰ Diller 1980, Seite 132

⁸¹ Diller 1980Seite 133

⁸² ebenda

Goebbels hatte diesem Schauprozess von Beginn an kritisch gegenüber gestanden und musste sogar erst von Hadamovsky zu diesem Prozess überredet werden. Vielleicht weil auch er sich letzten Endes darüber bewusst war, dass es ohne diese Männer gar kein funktionierendes Rundfunksystem gegeben hätte und deren Arbeit ihm ein perfektes Propagandamedium an die Hand geliefert hatte. Vielleicht ist so auch zu erklären, dass Goebbels sich 1939 noch einmal persönlich von der Haltlosigkeit der Vorwürfe überzeugte und Hans Bredow daraufhin seine Ruhestandsbezüge bewilligte, obwohl Bredow einst der Hauptangeklagte des Rundfunkprozesses war. Zudem verfügte Goebbels höchstpersönlich, dass der frühere Rundfunk nicht mehr anzugreifen sei und insbesondere Kritik an der Person Hans Bredows untersagt sei.

Was in den darauffolgenden Jahren mit dem Rundfunk geschah, hatte nichts mehr mit der Vorstellung und den Visionen Bredows zu tun. Zwar waren durch den „Volksempfänger“, ein billiges Radio, fast alle Deutschen in der Lage Rundfunk zu hören, durch die Gleichschaltung der Medien wurde aber das Programm ausschließlich von den Nationalsozialisten bestimmt. Hans Bredow zog sich aus dem Rundfunk-Geschehen völlig zurück.

Die Neuordnung des Rundfunks nach 1945

Nach Kriegsende fassten Briten und Amerikaner den Beschluss, Deutschland wieder zu einer demokratischen Staatsform zurückzuführen und das Land wieder in die europäische Gemeinschaft einzubinden.

Da das Rundfunk-System völlig zerschlagen war, musste möglichst schnell ein neues System aufgebaut werden. Hans Bredow spielte hierbei eine wichtige Rolle, denn er trug durch seine Ideen und Systementwürfe maßgeblich dazu bei, dass ein funktionierendes neues System geschaffen wurde.

Der britische Generalmajor Alex Bishop baute ab 1945 in der Britischen Besatzungszone Deutschlands die Informationsmedien (Presse, Rundfunk, Film) neu auf. Die grundlegenden neuen Organisationsstrukturen für das Rundfunksystem baute er nach dem Vorbild der BBC auf, das er aus seinem Heimatland kannte. Als Hauptsitz des unabhängigen Rundfunks wurde Hamburg ausgewählt, ein weiteres Funkhaus befand sich in Köln. Es entstand der Nordwestdeutsche Rundfunk, der als Basis für einen weiteren Ausbau des Systems dienen sollte. Unterstützt wurde Bishop bei seiner Arbeit von dem britischen Journalisten Hugh Greene.

Ab dem Jahre 1945 begann zunächst wieder ein Tauziehen um die Einflussrechte der Post auf den Rundfunk. Die Post begann nämlich aus alter Gewohnheit einfach wieder damit, Rundfunkgenehmigungen zu erteilen und Gebühren einzuziehen, was zu Beschwerden der Sender führte, die sich nach der Rechtmäßigkeit dieses eigenmächtigen Handelns fragten. Die amerikanische und die britische Militärregierung setzten 1946 fest, dass die Post sich auf den Gebühreneinzug sowie den technischen Dienst beschränken sollte. Zudem wurde beschlossen, die Sender der Post durch den Nordwestdeutschen Rundfunk übernehmen zu lassen. Mit der Bildung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, zu dem die

amerikanische und die britische Besatzungszone zählten, wurde auch eine Hauptverwaltung für Post und Fernmeldewesen geschaffen und diese Behörde verfolgte das Ziel, die Zuständigkeit der Länder für den Rundfunk aufzuheben und die Post wieder als Hauptverantwortliche einzusetzen. Amerikaner und Briten sträubten sich allerdings mit aller Macht gegen diese Vorschläge, da die Besatzungsmächte die Institution „Post“ unweigerlich mit dem Staat identifizierten und daher den Einfluss der Post auf den Rundfunk strikt ablehnten. In den Reihen der Postverwaltung erinnerten sich schließlich einige an den ehemaligen Reichs-Rundfunk-Kommissar Hans Bredow. Sie hofften auf Hilfe und Unterstützung Bredows, der ja lange Zeit den Rundfunk in Zusammenarbeit mit der Post geleitet hatte. So setzte man große Hoffnungen auf Bredow, als man ihn im Jahre 1947 bat, ein Gutachten anzufertigen, das belegen sollte, wie gut der Rundfunk unter der Führung der Post funktionieren würde. So wollte die Post, die die Situation als „völlig verfahren“⁸³ bezeichnete, die Alliierten überzeugen, ihr wieder mehr Einfluss zu gewähren. Das daraufhin von Bredow angefertigte Gutachten sagte aber keinesfalls das aus, was die Post sich erhofft hatte: Bredow räumte zwar ein, dass eine „enge betriebstechnische Verbindung des Rundfunks mit der Post große Vorteile bringe“⁸⁴, dazu aber aus technischer Sicht wieder eine Zentralisierung des Rundfunks stattfinden müsse. Bredow führte an, dass dies das genaue Gegenteil von dem sei, was die Alliierten anstrebten. So würden keine unabhängigen Rundfunkgesellschaften geschaffen. Zudem war Hans Bredow von den Ereignissen im Jahre 1933 nachhaltig geprägt und warnte vor einem „autoritären Geist“⁸⁵, der in einem zentral verwalteten Rundfunk wieder Einzug halten könnte. Schließlich empfahl Bredow, den Rundfunk privat zu organisieren und schloss damit, die Post solle ihren Verzicht auf Einfluss auf den Rundfunk „als Opfer, das der

⁸³ Bausch, Rundfunkpolitik nach 1945, Teil 1 1980, Seite 29

⁸⁴ ebenda

⁸⁵ ebenda

politischen Sicherung der Zukunft gebracht werden muss“⁸⁶ sehen.

Bredows Meinungen und Vorschläge waren gefragt. Er verhandelte mit dem britischen Controller Greene und mit dem amerikanischen Chef von Radio München. 1947 legte er sogar ein Schriftstück vor, das ein mögliches neues Modell zur Beendigung des Kompetenzgerangels zwischen Rundfunk und Post aufzeigte. Darin schlug Bredow vor, die posteigenen Rundfunksender zunächst an den Rundfunk zu verpachten. Das Personal könne von der Post gestellt und bei Bedarf auch durch Personal der Rundfunksender ersetzt werden. Nach einer Währungsreform sollte der Rundfunk die Sender von der Post kaufen. Das Aufgabengebiet der Post sollte nach Bredows Vorschlag folgendes umfassen: Der Rundfunk sollte der Post eine Lizenzgebühr zahlen und im Gegenzug eine unwiderrufliche Genehmigung zum Betrieb von Sendern erhalten. Die Post sollte weiterhin Teilnehmer registrieren, Gebühren einziehen und einen Störungsdienst betreiben. Auch dafür sollte die Post bezahlt werden. Das Ende des Sendemonopols der Post war aber nahe. Am 21. November 1947 erließ der amerikanische General Lucius D. Clay einen Befehl, in dem er festsetzte, dass „die Kontrolle über die Mittel der öffentlichen Meinung, wie Presse und Rundfunk zum Beispiel, verteilt und von der Beherrschung durch die Regierung freigehalten werden müssen“⁸⁷. Mit diesem Befehl verbot Clay der Post eine Beteiligung am Rundfunk. Er steckte deren Aufgabengebiet klar ab. Die Post fungierte nur noch als Gebührenstelle, stellte Kabel zur Verfügung und unterhielt einen Entstörungsdienst. Bis spätestens zum 15.12.1947 musste die Post alle Sender und Studios den jeweiligen Landes-Rundfunkorganisationen übergeben. Hier nahm Hans Bredow wieder die Rolle des Vermittlers ein und regelte die Abläufe zwischen der Post und den privaten Rundfunkanstalten.

⁸⁶ ebenda

⁸⁷ Bausch, Rundfunkpolitik nach 1945, Teil 1 1980, Seite 33

Bredows Einfluss auf die Landesrundfunkgesetze

Der Einfluss Bredows sowie seines ehemaligen Kollegen Kurt Magnus auf die Geschichte des Nachkriegsrundfunks in Deutschland ist immens gewesen. Am meisten haben die beiden allerdings die ersten hessischen Entwürfe einer Rundfunkgesetzgebung beeinflusst.

Hans Bredow war nach dem Krieg wieder voll in seinem Element und arbeitete weiter am Projekt „Volksrundfunk“⁸⁸. Er und Magnus legten dem hessischen Ministerpräsidenten 1945 ein Konzept zur Schaffung desselben vor. Darin schlugen sie vor, zur Organisation des Rundfunks eine GmbH zu gründen, deren Anteile beim Staat liegen sollten. Bredow hielt es immer noch für richtig, dem Staat die Festsetzung der Gebühren zu überlassen sowie die Einnahmen aus diesen, die vom Rundfunk nicht genutzt würden, ebenfalls dem Staat zu überlassen. Diese Vorstellungen kollidierten allerdings mit denen des amerikanischen Rundfunk-Offiziers Hans W. Gatzke, mit dem Bredow im Januar 1946 über die Vorstellungen der Wiesbadener Landesregierung diskutierte. Gatzke nämlich, lehnte eine Verflechtung von Rundfunkgebühren und Staatseinnahmen ab. Bredow und Magnus unterbreiteten, unbeeindruckt von Gatzkes Standpunkt, der Landesregierung bald wieder einen Vorschlag zur Gründung einer GmbH, deren Anteile wiederum beim Staat liegen sollten. Nur, dass bei diesem Modell, die überschüssigen Gebühren in einen Kulturfonds für die Staatsregierung fließen würden.⁸⁹

Bredow reichte sogar noch einen dritten Vorschlag ein. Auch dieser sah eine GmbH mit Anteilen bei der Landesregierung vor. Zudem wollte Bredow einen Rundfunkrat einsetzen. Die Vorschläge wurden von der Regierung schließlich dem Ausschuss für Übernahme der

⁸⁸ Bausch, Rundfunkpolitik nach 1945, Teil 1 1980, Seite 77

⁸⁹ Bausch, Rundfunkpolitik nach 1945, Teil 1 1980, Seite 80

Informationskontrolle vorgelegt. Der „Bredow-Magnus-Plan“⁹⁰ wurde im Land Hessen während der folgenden Monate weiterentwickelt. Schließlich einigte man sich auf die Gründung einer GmbH. Auch die Bildung eines Rundfunkrates wurde umgesetzt. Die darin vertretenen Organisationen sollten je einen Anteil an der Gesellschaft erhalten, ebenso wie Staat und Intendant einen anderen Teil erhielten.

Während ein Teil seiner Vorschläge umgesetzt wurde, hatte Bredow aber schon die nächsten Ideen ausgearbeitet. Er veröffentlichte die Schrift „Über die Neuregelung des Rundfunk“ um „der amerikanischen Zone eine Grundlage für die Schaffung einer einheitlichen Rundfunk-Regelung“⁹¹ zu geben. Der darin vorgeschlagene Entwurf deckte sich aber nicht mit den Vorstellungen von Hessens Kulturminister und setzte sich somit auch nicht durch. Der nächste Entwurf für ein Rundfunk-System in Hessen löste erneut langwierige Diskussionen aus, so dass schließlich ein neunköpfiger Rundfunk-Ausschuss gegründet wurde, an dem auch Hans Bredow teilnahm. Dieser Ausschuss sollte über ein mögliches System beraten.

Nach langen Diskussionen wurde schließlich ein System gefunden, mit dem auch die Amerikaner zufrieden waren. Die Aufsichtsgremien wurden eingerichtet und Hans Bredow wurde zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates des Hessischen Rundfunks gewählt.

⁹⁰ ebenda

⁹¹ Bausch, Rundfunkpolitik nach 1945, Teil 1 1980, Seite 82

Die Gründung der ARD

Während seiner Zeit als Vorsitzender des Frankfurter Verwaltungsrates verfolgte Bredow weiterhin das Ziel alle Sendeanstalten in „einer Art Rundfunkbehörde“ zusammenarbeiten zu lassen. Zudem war ihm die neue Funktion der Intendanten der Rundfunkorganisationen ein Dorn im Auge. Diese Funktion kannte er aus alten Zeiten nicht. Und er brachte allen offenes Misstrauen entgegen, da er es nicht billigte, auf welche Art und Weise die Intendanten mit politischen Themen umgingen. Bredow hing dem Traum einer Neugründung der damals von ihm aufgebauten Reichs-Rundfunk-Gesellschaft nach. Dabei übersah er leider, dass keiner der Intendanten daran Interesse hatte. Um seinen Plan aber dennoch zu verwirklichen versuchte Bredow einen Großteil seiner Kollegen in Hamburg, München, Stuttgart und Baden-Baden von der Richtigkeit seiner Idee zu überzeugen.

Im Oktober 1949 luden Magnus und Bredow in ihrer Funktion als Gremienvorsitzende des Hessischen Rundfunks zu einer Tagung, die „die Gremienvorsitzenden und Intendanten vereinigen“⁹² sollte. Die Intendanten waren hiervon alles andere als begeistert, konnten aber um eine Teilnahme nicht umhin, da die meisten Gremienvorsitzenden, dank der guten Vorarbeit von Bredow, diese Tagung begrüßten. Durch ein geschicktes Manöver ließ Bredow die Gremienvorsitzenden zu einer Sonderbesprechung zusammenkommen. Danach stellte Bredow die Intendanten vor vollendete Tatsachen. Zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft müssen die Intendanten die Zustimmung ihrer Gremien einholen. So hatten Bredow und seine Kollegen jegliches Tun der Intendanten unter Kontrolle. Im Falle einer Zustimmung wollte dann Bredow selbst den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft übernehmen. Hier hatte Bredow die Rechnung aber ohne die Intendanten gemacht, die natürlich aufs heftigste protestierten. So einigte man sich schließlich darauf, wohl auch um solchen Manövern in Zukunft

⁹² Bredow, Im Banne der Ätherwellen, Teil 2 1960, Seite 393

vorzubeugen, darauf, dass Intendanten und Gremienvorsitzende in Zukunft gemeinsam tagen sollten.

Nach einer weiteren gemeinsamen Tagung im Februar 1950 stand immer noch kein Modell für eine zukünftige Arbeitsgemeinschaft fest. Bredow nahm dies zum Anlass, vor der nächsten Tagung im Juni 1950 in einem Rundbrief noch einmal nachdrücklich ein zentrales Organisationsorgan zu fordern.

Dieses Rundschreiben war der Auslöser für den Briten Hugh Greene, endlich seinen Entwurf für eine Arbeitsgemeinschaft auf rechtlich sicheren Boden zu stellen und die Intendanten, als gesetzliche Vertreter der Anstalten, unterzeichnen zu lassen. Klugerweise ließ Greene den Vorschlag vom Intendanten des Südwest Rundfunk verbreiten, da Bredow dem Intendanten Bischoff stets vertraute, da er ihn noch aus Weimarer Zeiten kannte.

Bei der Tagung in Bremen wurde Greenes Entwurf beraten und schließlich von allen Aufsichtsgremien angenommen. So schlossen sich am 10. Juni 1950 alle Landesrundfunkanstalten (Bayrischer Rundfunk, Hessischer Rundfunk, Nordwestdeutscher Rundfunk, Radio Bremen, Saarländischer Rundfunk, Südwestrundfunk) zur „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland“ (ARD) zusammen.

Die Zeit nach der Gründung der ARD

Auch nachdem Bredows Traum von einer Wiederauferstehung der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft sich verflüchtigt hatte, arbeitete Bredow weiter an den Rundfunkthemen im Reich mit.

Das nächste interessante Thema war das Fernsehen. Auch dies hatte das Interesse des Rundfunkpioniers geweckt. Bereits im Frühjahr 1949 begann der Nordwestdeutsche Rundfunk in Hamburg mit technischen Forschungen, um den Konsumenten in Zukunft neben dem Ton auch ein Bild bieten zu können. Aber diese technischen Vorarbeiten waren sehr umfangreich. Bredow initiierte die Gründung einer „Fernsehkommission der Rundfunkanstalten“, die diese Vorarbeiten einheitlich und zentral koordinieren sollte.

Nachdem sein Vorschlag zur Gründung einer neuen zentralen Rundfunk-Organisation sich nicht durchgesetzt hatte, zog Bredow sich aber aus Rundfunkgeschehen zurück. Er war nur noch bis zum Jahre 1951 Mitglied des Verwaltungsrates des Hessischen Rundfunks und seine aktive Teilnahme am Rundfunkgeschehen nahm ab. Für seine Verdienste um das deutsche Rundfunkwesen wurde er 1952 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Hans Bredow starb am 9. Januar 1959 in Wiesbaden. Beigesetzt wurde er in seiner norddeutschen Heimat Rendsburg.

Die Bedeutung Bredows für den Rundfunk

Ohne Hans Bredows Wirken würde es den deutschen Rundfunk, wie wir ihn heute kennen, wohl gar nicht geben. Kurt Magnus bezeichnet Bredow als „denjenigen Mann, der wahrhaft den Rundfunk geschaffen hat“⁹³. Durch seine Vision hat er den Aufbau und die Weiterentwicklung des Rundfunksystems maßgeblich beeinflusst. Er hatte stets eine genaue Vorstellung, was der Rundfunk für die Öffentlichkeit bedeuten sollte, was für Inhalte er liefern sollte und wie alles organisiert sein könnte. Bredow setzte sich für seine Ideen ein. Auch wenn er nicht immer mit den Vorstellungen des Staates konform ging, so fand er immer Mittel und Wege seine Vorstellungen vorzubereiten und hinterher überzeugend umzusetzen, wie zum Beispiel die Gründung der privaten Sendegesellschaften.

Ein auffälliger Charakterzug des Rundfunkpioniers ist sein soziales Verantwortungsgefühl, das sich in seinem Handeln und in seinen Vorstellungen widerspiegelt. Zum einen war es ihm stets eine Herzensangelegenheit, dass der Rundfunk für die Öffentlichkeit eine belehrende und unterhaltende Funktion haben sollte. Der Rundfunk sollte den Leuten Spaß machen, sie sollten gerne vor ihren Empfängern sitzen. Bredow wollte der Öffentlichkeit mit seinem Werk etwas Langlebiges geben. Bei den Überlegungen zum Aufbau des Rundfunknetzes achtete er darauf, dass das Hören der Beiträge kein Privileg für eine kleine Bevölkerungsschicht würde, sondern machte sich viel mehr Gedanken darum, dass niemand aufgrund finanzieller Gründe vom Rundfunk „ausgeschlossen“⁹⁴ würde. Mutig war ebenfalls sein Verhalten bei der Inhaftierung seiner fünf engsten Kollegen und Mitarbeiter. Bredow setzte sich, trotz der kritischen politischen Lage, die ja auch ihm durchaus bewusst war, für deren Freilassung ein und erbat im Falle einer Ablehnung selbstlos darum, das gleiche Schicksal teilen zu dürfen. Dass er sich für

⁹³ Magnus, Verabschiedung von Dr. Hans Bredow als Reichsrundfunkkommissar 1933

⁹⁴ Bredow, Vier Jahre deutscher Rundfunk 1927, Seite 11

diesen Schritt entschied, obwohl er wusste, dass er in den Reihen der Nationalsozialisten ausschließlich Feinde hatte, war mutig und verantwortungsvoll und spricht auch für eine große Loyalität gegenüber seinen Mitarbeitern. In der Abschiedsrede für Bredow, die Kurt Magnus bei dessen Verabschiedung als Reichsrundfunkkommissar hielt, erwähnt und lobt er gerade diese Charakterzüge Bredows, vor allem aber das „ideale Mitarbeiterverhältnis“⁹⁵, das zwischen ihm und seinen Kollegen stets bestand.

So großartig Bredows Verdienste um den deutschen Rundfunk sind, in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und während der Neuordnung des Rundfunks ist die Rolle Hans Bredows auch bedeutsam, aber auch von Selbstüberschätzung gekennzeichnet. Der Rundfunkhistoriker Hans Bausch spricht von einer „tragischen Rolle“⁹⁶ des ehemaligen Reichs-Rundfunk-Kommissars in der Zeit nach 1945. Die Memoiren Bredows zeigen, dass er seine Person als höchst wichtig im Prozess des Neuaufbaus empfand und zudem den Rundfunk als „mein vor 26 Jahren ins Leben gerufene Werk“⁹⁷ ansah. Natürlich hat er das Rundfunkwesen geprägt und massiv zu einem erfolgreichen Aufbau beigetragen, aber dabei auch Hilfe von seinen Kollegen erhalten. Lerg attestiert Bredow, er habe seine Position im Rundfunkgeschehen der Nachkriegszeit nicht mehr selbstkritisch beurteilen können⁹⁸. Bredow hat hier vielleicht einfach seine Person überschätzt und nicht rechtzeitig erkannt, dass seine Vorstellungen nicht mehr zeitgemäß waren und er diese auch niemandem mehr aufzwingen konnte.

Hans Bredow hat für den deutschen Rundfunk viel geleistet. Seine Arbeit bildete das Fundament für das Rundfunksystem der heutigen Zeit. Sein Pioniergeist, seine Forschungslust sowie der Drang, seine Visionen zu

⁹⁵ Magnus, Verabschiedung von Dr. Hans Bredow als Reichsrundfunkkommissar 1933

⁹⁶ Bausch, Rundfunkpolitik nach 1945, Teil 1 1980, Seite 255

⁹⁷ Bredow, Im Banne der Ätherwellen, Teil 2 1960

⁹⁸ Bausch, Rundfunkpolitik nach 1945, Teil 1 1980 Seite 256

verwirklichen, haben ihm geholfen, trotz bisweilen widriger Umstände, ein beeindruckendes Lebenswerk zu schaffen.

Gedruckte Quellen und Literatur

Bausch, Hans/ Bausch, Hans (Hrsg.): Rundfunkpolitik nach 1945, Erster Teil. München 1980 (=Rundfunk in Deutschland, Band 3)

Bausch, Hans/ Bausch, Hans (Hrsg.): Rundfunkpolitik nach 1945, Zweiter Teil. München 1980 (=Rundfunk in Deutschland, Band 4)

Bredow, Hans: Aus meinem Archiv - Probleme des Rundfunks. Heidelberg 1950

Bredow, Hans/ Granzow, Klaus (Bearbeitung), Bund der Vertriebenen (Hrsg.): Hans Bredow. Bonn 1979

Bredow, Hans: Der Daseinskampf des Funks. Stuttgart 1954 (=Im Banne der Ätherwellen, Band 1)

Bredow Hans: Funk im ersten Weltkriege, Entstehung des Rundfunks. Stuttgart 1956 (=Im Banne der Ätherwellen, Band 2)

Bredow, Hans: Vier Jahre deutscher Rundfunk. Berlin 1927

Diller, Ansgar/ Bausch, Hans (Hrsg.): Rundfunkpolitik im Dritten Reich, München 1980 (=Rundfunk in Deutschland, Band 2)

Lerg, Winfried B./ Bausch, Hans (Hrsg.): Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980

Magnus, Kurt: Reichs-Rundfunk-Gesellschaft. Organisation und Aufgabenkreis. In: Bredow, Hans (Hrsg.): Aus meinem Archiv. Probleme des Rundfunks. Heidelberg 1950

o.V.: Rundfunkkommissar Bredow will zurücktreten. In: Berliner Tagblatt, 08. Februar 1933. In: Diller, Ansgar/ Bausch, Hans: Rundfunkpolitik im Dritten Reich, Seite 73

Thurn, H.: Erste grundlegende organisatorische Maßnahmen. In: Bredow, Hans (Hrsg.): Aus meinem Archiv. Probleme des Rundfunks. Heidelberg 1950

Tonträger

Bredow, Hans: Feierstunde zum 25-jährigen Bestehen des deutschen Rundfunks. Frankfurt/ Main 1948

Magnus, Kurt: Verabschiedung von Hans Bredow als Reichsrundfunkkommissar im Berliner Haus des Rundfunks. Berlin 1933

Bredow, Hans: Rundfunkansprache zum fünfjährigen Bestehen der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft. Berlin 1930

Bredow, Hans: Rundfunkansprache zum Aufbau des deutschen Rundfunks in der britischen Besatzungszone. 1947

o.V.: Festakt für den ehemaligen Reichsrundfunkkommissar Hans Bredow zu seinem 70. Geburtstag. Wiesbaden 1949

Internetquellen

Stegeman, Wencke/ Wagner, Hans-Ulrich: „Hallo, Hallo, hier Radio!“ Vor 85 Jahren startete der Rundfunk in Hamburg. 12. August 2009. <http://www.hans-bredow-institut.de/node/2478>

o.V.: Geschichte des Hans-Bredow-Instituts. 14. August 2009. <http://www.hans-bredow-institut.de/de/geschichte/geschichte>

Selbstständigkeitserklärung

Hiermit versichere ich, Britta Kristina Suwelack, Matrikelnummer 21186, dass ich diese Bachelorarbeit mit dem Thema „Hans Bredow – Ein Leben für den Rundfunk“ selbstständig verfasst habe und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe sowie Zitate kenntlich gemacht habe.

Ort, Datum

Unterschrift